

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	13.04.04

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.03.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Gudrun Winkels-Haupt

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Herr Thomas Römer (Caritasverband), Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (beide Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Birgitt Wallraff (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Eva Gienger (Bundesagentur für Arbeit), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche) ab 16.12 Uhr, Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche) bis 17.25 Uhr (einschl. TOP 6), Frau Christine Burmeister (Evang. Kirche) ab 17.25 Uhr (TOP 7), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend u. Integration), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt u. Soziale Dienste)

Ausländerbeirat

Herr Frederick Mann

Bezirksjugendräte

Julia Bartelt, Andreas Helsper

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Christine Schmidt (201 - Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Herr Dieter Verst (SB 208 - Jugend & Freizeit), Frau Roswitha Bocklage (000.4 - Gleichstellungsstelle)

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr Ende: 17:56 Uhr

Es besteht Einvernehmen, den erst vor der Sitzung ausgelegten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Haushaltsplanberatungen (Drs.-Nr. VO/2679/04) als neuen TOP 4.3 zu behandeln.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.01.04

Bezirksjugendrat Andreas Helsper weist darauf hin, dass er in der Niederschrift über die letzte Sitzung unter dem falschen Vornamen Peter Fabian aufgeführt worden ist.

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat Andreas Helsper berichtet über das Ergebnisse des Workshops der Bezirksjugendräte am 7. Febr. 2004. Man habe sich über neue Strukturen für die Wahl und die Arbeit der Bezirksjugendräte Gedanken gemacht. Künftig solle jede/jeder Wahlberechtigte jede/jeden Kandidatin/Kandidaten im gesamten Stadtgebiet wählen können. Kandidieren könnten dann auch alle Wahlberechtigten für den Bezirk, für den sie arbeiten wollten, unabhängig davon, wo sie in Wuppertal wohnten. Außerdem schlage man vor, das Wahlrecht und die Wählbarkeit vom 14. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres um ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Beide Bezirksjugendräte sprechen sich nachdrücklich gegen den Vorschlag der Verwaltung aus, die Mittel für die Bezirksjugendräte zu kürzen (Drs.-Nr. VO/2619/04, Anlage 3, mit Vorschlägen zu weiteren Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen). Die Bezirksjugendräte dürften nicht zum Sparschwein der Verwaltung werden.

Herr Dr. Kühn äußert sich zu den Überlegungen der Bezirksjugendräte. Die Verwaltung habe ganz bewusst die Bezirksjugendräte in die Diskussion über eine Neukonzeption einbezogen. Jetzt werde innerhalb der Verwaltung geklärt, ob eine 1:1-Umsetzung möglich ist. Auf jeden Fall müssten aber die finanziellen Rahmenbedingungen eingehalten werden.

3 Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal Vorlage: VO/2594/04

Herr Römer präzisiert und erweitert die von der Verwaltung zum Zielbereich 3

„Lebensqualität, Soziales, Kultur und Sport“ formulierten Aussagen.

Herr Gerlach unterstützt den Ansatz von Herrn Römer.

Frau Güster fordert einen Sachstandsbericht des Teams Kinderfreundlichkeit.

Herr Dr. Kühn hofft, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht vorlegen zu können.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

Das Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal wird beschlossen.

Einstimmigkeit

4 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2004/2005

4.1 Weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005

Vorlage: VO/2619/04

Der Vorsitzende sieht angesichts der vom Land verabschiedeten Sparmaßnahmen und der finanziellen Notlage der Stadt so gut wie keinen Handlungsspielraum bei den Haushaltsplanberatungen.

Herr Ramette vertritt die Auffassung, dass den freien Trägern trotz der schwierigen Rahmenbedingungen das Recht eingeräumt werden muss, ihre Anträge zu begründen. Die Anträge dürften nicht einfach ignoriert werden.

Herr Römer betont, dass die in der Drs.-Nr. VO/2619/04 vorgeschlagene Kürzung der Zuschüsse von den Wohlfahrtsverbänden nicht hingenommen werden kann.

Herr Dr. Kühn erklärt, dass es sich bei dieser Position um sämtliche an Dritte gezahlte Zuschüsse handelt. Welcher Anteil davon auf den Jugend- und Sozialbereich entfalle, müsse noch festgelegt werden. Sollte die Vorlage die Zustimmung des Rates der Stadt finden, würde die Verwaltung entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Frau Güster lehnt die Kürzung der Zuschüsse ab. Die Strukturen im Jugend- und Sozialbereich würden dann wegbrechen.

Herr Dr. Kühn und **Herr Verst** antworten auf Fragen von Herrn Gerlach zur Informations-Drs. 2622/04. Die Verwaltung teile die Sorge um den Bestand der Jugendeinrichtungen. Die freien Träger müssten 2004 auf Landesmittel in Höhe von 94.000 €, die Stadt auf 75.000 € für die OT-Einrichtungen verzichten.

Herr Schmalenbeck kritisiert die Kürzungspolitik des Landes, die vom Jugendhilfeausschuss nach seiner Auffassung nicht einfach so hingenommen werden darf. Er regt an, in der nächsten Sitzung in einem nichtöffentlichen Teil über das Selbstverständnis **des** Jugendhilfeausschusses zu diskutieren. Der Ausschuss verkomme entgegen seines gesetzlichen Auftrages zu einem Protestgremium, da wegen fehlender Finanzmittel nichts mehr entschieden werden könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Resolution an die Landtagsabgeordneten zu verfassen. Er hält es allerdings für unwahrscheinlich, dass der Landtag seine Entscheidungen zum Landeshaushalt 2004/2005 noch einmal überdenken wird.

Herr Verst erinnert an die bereits vom Rat der Stadt verabschiedete Resolution.

Herr Schwarz sieht es als eine Katastrophe an, dass zwei nach seiner Auffassung auch politisch wichtige Bereiche wie die Förderung von Internationalen Jugendbegegnungen und Fahrten zu Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus vom Land „auf Null gefahren“ werden

Herr Gerlach ist bereit, einen entsprechenden Resolutionsantrag als „Mahn- und Erinnerungsantrag“ mitzutragen.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von Herrn Dr. Kühn zu folgen und eine von der Verwaltung mit dem Vorsitzenden abzustimmende Resolution des Jugendhilfeausschusses an die Wuppertaler Landtagsabgeordneten und Wuppertaler Abgeordneten in der Landschaftsverbandsversammlung zu verfassen.

Frau Richling fordert, dass alle politischen Entscheidungen zur Umsetzung von Kürzungsvorschlägen zuvor im Jugendhilfeausschuss ausreichend diskutiert werden können.

Herr Mucke lehnt für seine Fraktion die Kürzung der Zuschüsse um 750.000 € (2005) bzw. 1,5 Mio. € (2006 ff.) und der Mittel für die Bezirksjugendräte um 5.000 € ab. Er beantragt deshalb, die Position Nr. 1 in der Anlage 2 und die Position „Partizipation - Bezirksjugendräte“ in der Anlage 3 zur Drs.-Nr. VO/2619/04 zu streichen.

Herr Gerlach stimmt dem Antrag von Herrn Mucke grundsätzlich zu, sieht aber angesichts der städtischen Finanzlage keine Möglichkeit, die Vorschläge der Verwaltung zu blockieren.

Beratungspause von 17.02 – 17.12 Uhr

Herr Gerlach beantragt für seine Fraktion, den Punkt 1 des Beschlussvorschlages mit dem Hinweis zu ergänzen, dass die den Jugendhilfebereich betreffenden Kürzungen vor ihrer Umsetzung dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen.

Der **Vorsitzende** lässt zuerst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

- (1) Die in den Anlagen 2 und 3 zusammengestellten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werden bis auf die Position 1 in der Anlage 2 (Zuschüsse) und die Position „Partizipation - Bezirksjugendräte“ in der Anlage beschlossen.
- (2) Soweit sie bereits „haushaltsstellenscharf“ zugeordnet werden können, werden sie über die Veränderungsnachweisung in den Haushaltsplan 2004/2005 übernommen.
- (3) Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung einzelner Maßnahmen noch notwendigen Beschlüsse rechtzeitig vorzubereiten. Soweit die Realisierung von Konsolidierungsmaßnahmen Beteiligungsrechte des Personals berührt, sind die entsprechenden Verfahrensschritte rechtzeitig einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen keine Enthaltung

Damit ist der weitergehende Antrag der SPD-Fraktion angenommen. Der Antrag der CDU-Fraktion hat sich erledigt.

4.2 Information des Landschaftsverbandes Rheinland zur Umsetzung des Landesjugendplanes 2004
Vorlage: VO/2622/04

Entgegennahme ohne Beschluss

4.3 Beantragung eines weiteren TOP zu VO/1989/03
Vorlage: VO/2679/04

Es besteht Einvernehmen, die Anträge der freien Träger im Rahmen der Möglichkeiten bei den weiteren Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

4.4 Weitere Information des Landschaftsverbandes Rheinland zu den Auswirkungen des Landeshaushalts NRW auf den Förderbereich der Kinder- und Jugendhilfe
Vorlage: VO/2670/04 (vor der Sitzung ausgelegt)

Siehe unter TOP 4.1!

5 Erhalt der "Integrativen-Waldorf-Kindertagesstätte
- gemeinsamer Antrag der BV Fraktionen an den Rat der Stadt –
Vorlage: VO/2341/03

Frau Güster, Herr Gerlach und Herr Schmalenbeck setzen sich für den Erhalt der Einrichtung in der bisherigen Form ein.

Herr Dr. Kühn sieht gute Chancen, für die weitere Nutzung des Obergeschosses eine Lösung zu finden. Das städt. Gebäudemanagement habe sich bereit erklärt, die notwendige Treppe zu errichten. Die Finanzierung könne dann über eine erhöhte Miete erfolgen. Bei jeder Entscheidung müsse aber darauf geachtet werden, den Träger gegenüber anderen Trägern nicht besser zu stellen.

Frau Wallraff weist darauf hin, dass der DPWV selbst keine Kredite vergeben kann. Es handele sich vielmehr um eine Tochtergesellschaft.

Es besteht Einvernehmen, nach einer Lösung für einen Erhalt der Einrichtung in der bisherigen Form ohne Bevorzugung gegenüber anderen Trägern zu suchen.

6 Bauleitplanverfahren Nr. 634 - Funckstraße -
(Flächennutzungsplanänderung und 2. Änd. des Bebauungsplanes)
- Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/1522/03

Herr Verst erläutert die Vorlage. Es müsse jetzt eine Entscheidung über den Ankauf des Grundstücks getroffen werden, da das Vorkaufsrecht zum Ende des Jahres auslaufe. Über den Ausbau zu einer Spielfläche (Kategorie B, kleine Kinder u. Jugendliche) könne dann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Schmalenbeck, Herr Dr. Kühn und Herr Ramette.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

1. Der Geltungsbereich der Änderung der Bauleitpläne umfasst eine Fläche wie sie sich aus der Anlage 01, 02 und 07 ergibt.
2. Die Aufstellung und Offenlegung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes wird gemäß § 2 (4) und § 3 (2) BauGB beschlossen. Der Erläuterungsbericht und die Begründung gemäß § 3 (2) BauGB sind beigefügt.
3. Von einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung i. S. des § 3 (1) BauGB wird abgesehen.

Einstimmigkeit

7 Berichte

7.1 Einrichtung von offenen Ganztags-Grundschulen (mündl. Bericht)

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass wegen des noch nicht abgeschlossenen verwaltungsinternen Abstimmungsverfahrens vor der heutigen Sitzung noch keine Vorlage auslegt werden konnte.

Hinsichtlich der von der Schließung des Hortes Reichsgrafenstr. betroffenen Kinder der Kath. Grundschule Reichsgrafenstr. sei dagegen eine Lösung gefunden worden. Die Bezirksregierung lasse jetzt die Möglichkeit zu, dass die Kinder der Kath. Grundschule ohne Schulwechsel in einer Gruppe der Gemeinschaftsgrundschule betreut werden können.

Herr Ippendorf bedauert, dass die freien Träger aus dem Jugendhilfebereich bisher nicht im ausreichenden Maße in die Beratungen eingebunden worden sind.

Herr Ramette kritisiert, dass der Jugendhilfeausschuss noch nicht die Schulen kennt, die von der Verwaltung zur Umwandlung in offene Ganztags-Grundschulen vorgeschlagen werden, obwohl die Schulen bereits im Arbeitskreis Grundschule genannt worden sind.

Nach Auffassung von **Herrn Schmalenbeck** haben die Träger der Jugendhilfeeinrichtungen keine Möglichkeit, an der Erarbeitung der Betreuungskonzepte für die beteiligten Schulen mitzuwirken. Ihnen würden nur die Ergebnisse vorgestellt. Ihnen bleibe dann nur noch die Möglichkeit, sich unter den gegebenen Vorzeichen mit einzubringen oder aber sich zurückzuziehen.

Frau Wallraff äußert ebenfalls ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verlauf des Verfahrens. Die vom Land geforderte „gleiche Augenhöhe“ zwischen Schulträgern und freien Trägern gebe es in Wuppertal nicht.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von Herrn Mucke zu folgen und erneut zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Schulausschuss zu diesem Thema am 17.03.04 zusammenzukommen.

7.2 Sprachförderung (mündl. Bericht)

Frau Weidenbruch berichtet über die Sprachförderung in den Tageseinrichtungen für Kinder. Der Bericht ist als Anlage beigefügt.

Frau Burmeister bestätigt die positiven Aussagen von Frau Weidenbruch.

**7.3 Arbeitskreis "Hilfen bei sexueller Gewalt", 1. Bericht
Vorlage: VO/2506/04**

Frau Weidenbruch bestätigt die gute fachliche Arbeit des Arbeitskreises, der den Mitarbeiterinnen in den Tageseinrichtungen für Kinder nach ihrer Auffassung ein wirksames Unterstützungssystem anbietet.

**7.4 "Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur
Änderung anderer Gesetze" Vorlage: VO/2578/04**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

**7.5 Sachstandsbericht Drogenkonsumraum
Vorlage: VO/2510/04**

Herrn Mucke schlägt vor, die Möglichkeit zu prüfen, ob der Drogenkonsumraum durch veränderte Öffnungszeiten an den Wochentagen auch am Wochenende geöffnet werden kann.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe zu klären, ob der Drogenkonsumraum durch veränderte Öffnungszeiten an den Wochentagen auch am Wochenende geöffnet werden kann.

Einstimmigkeit

8 Wünsche und Anregungen

Es besteht Einvernehmen, der Anregung von Herrn Ramette zu folgen und Herrn Schnapka vom Landschaftsverband zu einem Informationsgespräch über die Auswirkungen von „Hartz IV“ (Zusammenführung von Hilfe zum Lebensunterhalt und Arbeitslosenhilfe) gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit einzuladen.